

# Rat beschließt höhere Abwassergebühren

Tagesordnung war nach vier Stunden nicht abgearbeitet / Haushaltsdebatte abgebrochen

VON PETER HANUSCHKE  
UND KLAUS-DIETER PFAFF

**Lilienthal. Der Rat hat am Dienstag die Gebühr für den Kubikmeter Abwasser angehoben. Seit 1997 wurden 3,08 Euro erhoben, im nächsten Jahr werden es 3,20 Euro sein. Im Jahr 2012 wird die Gebühr auf 3,33 Euro erhöht, im Jahr darauf auf 3,46 Euro. Die Gründe für diese Erhöhung waren nicht allen klar, auch nicht allen Mitgliedern des zuständigen Werksausschusses, der die Erhöhungen vor zwei Wochen einstimmig bei Enthaltung von Enno Hartmann (FDP) dem Rat empfohlen hatte. Entsprechend ausführlich wurde über das Thema gesprochen. Über die abschließende Haushaltsberatung für 2011 wurde nicht mehr beraten – dafür fehlte die Zeit. Das wurde gestern Abend fortgesetzt.**

Warum die Erhöhung notwendig sei, das erläuterte Wirtschaftsprüfer Ernst-Wilhelm Hoppe. Die Entsorgungsbetriebe hätten in den vergangenen Jahren mehr Kanalanschlussbeiträge und Zuschüsse, die sie vom Land Niedersachsen für den Kanalbau erhalten haben, aufgelöst als früher. Da nun aber die Auflösungen die Abschreibungen deutlich überschreiten, konnte das Bilanzergebnis in den vergangenen Jahren zwar mehr oder weniger ausgeglichen ausfallen, den Entsorgungsbetrieben fehlte aber das Geld für Kredittilgungen. Das sei im übrigen in diesem Jahr von der Kommunalaufsicht bemängelt worden. Deshalb soll die Auflösung der Beiträge und Zuschüsse jetzt auf die Höhe der Abschreibungen reduziert werden. Das bedeute, dass das Geld, das bisher durch die Auflösungen in der Bilanz auftauchte, auf anderem Wege beschafft werden müsse.

Heidi Kupsch (FDP) wollte wissen, „ob wir etwas falsch gemacht haben?“ und der fraktionslose Ingo Wendelken fragte, „was

an unserem Abwasser so wertvoll ist?“. In anderen Kommunen müssten die Bürger wesentlich weniger für das Abwasser bezahlen.

Diesen Vergleichen könnte es in vielen Fällen an der Aussagekraft fehlen, so Hoppe. Es sei richtig, dass es Kommunen gebe, in denen weniger Gebühren anfallen, aber es werde neben der Abwassergebühr noch eine Niederschlagsabwassergebühr erhoben. Bremen senke beispielsweise die Abwassergebühr, führe aber die Niederschlagsabwassergebühr ein. Außerdem müsse bei einem Vergleich berücksichtigt werden, inwieweit es in anderen Gemeinden Investitionsstaus gebe. Auf die Frage von Kupsch sagte der Wirtschaftsprüfer: „Die Gebühren waren in der Vergangenheit schlichtweg zu niedrig.“

## Helmke kritisiert Werksausschuss

Martin Helmke (CDU), Mitglied im Werksausschuss und vor Jahren dessen Vorsitzender, ergänzte, dass allen hätte klar sein müssen, dass die Kapitaldecke immer dünner geworden sei. „Darauf hatte ich mehrfach hingewiesen.“ Die Werksleitung sei nicht gut beraten gewesen. Und plötzlich komme die Kommunalaufsicht und teile mit, dass etwas getan werden müsse. „Es tut mir leid, dass wir das nicht eher getan haben.“

Lilienthals größte Prämisse sei bisher Gebührenstabilität gewesen, sagte Bürgermeister Willy Hollatz, der auch Geschäftsführer der Entsorgungsbetriebe ist. Das sei politisch auch so gewollt gewesen. Nun habe aber die Kommunalaufsicht die hohen Auflösungen und die mangelnden Tilgungsmöglichkeiten bemängelt. Entsprechend müsse nun gehandelt werden.

Grundsätzlich müsse festgestellt werden, dass bereits bei der Gründung der Entsorgungsbetriebe 1994, also der Auslage-

rung dieses Bereichs aus dem kommunalen Haushalt, strukturelle Fehler passiert seien. Die Gemeinde habe bei der Erschließung von Baugebieten einen viel zu niedrigen Gebührensatz erhoben. Eine genügende finanzielle Ausstattung habe es von vornherein nicht gegeben. Das Unternehmen sei quasi vom Start weg unterfinanziert gewesen, so Hollatz.

Offensichtlich seien Fehler in der Vergangenheit gemacht worden, darauf müsse nun reagiert werden, so Jörg Flömer (Grüne). Man könne die Gebühren auch weiterhin stabil halten, „indem wir Geld aus dem Gemeindehaushalt in das Versorgungsunternehmen schießen.“ Damit sei das Problem aber letztlich nur verschoben. „Grundsätzlich möchte ich feststellen, dass wir die Gebührenanhebung nicht zum Spaß machen. Wir, die wir das beschließen, sind davon genauso betroffen wie alle anderen Bürger.“

Die Gebührenanhebung wurde mit 17 Ja-Stimmen beschlossen. Sechs Ratsleute stimmten dagegen, zwei enthielten sich.

Dass die mindestens 50 Zuhörer nicht nach diesem intensiv diskutierten Tagesordnungspunkt den Ratssaal verließen, hatte seinen Grund: Schließlich war die Mehrzahl gekommen, um die Haushaltsdebatte zu verfolgen. Daraus wurde aber nichts. Es gab zwar jede Menge Zahlen und die fachliche Einschätzung des Kammerers zu hören – doch dann war Schluss. Nicht weil sich die Materie als besonders schwierig erwiesen oder es an Diskussionsbeiträgen gefehlt hätte, sondern weil die Uhr im Sitzungssaal „urplötzlich“ 21.46 Uhr zeigte, was bedeutete: In 14 Minuten ist Feierabend.

Laut der Geschäftsordnung, die sich ein Gemeinderat bei seiner Konstituierung stets selbst gibt, dürfen die Sitzungen der Ausschüsse und des Rates in Lilienthal

nicht länger als vier Stunden dauern. Es sei denn, es würden alle Ratsmitglieder einem spontanen Antrag auf Verlängerung zustimmen. Das allerdings war nicht der Fall.

ANZEIGE

## Kochen wie bei Mutttern. Nur so

Kochen mit Induktion vor sicher, sauber und besor

